

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abendausgabe: Die Anzeiger des Tages
Anzeigenpreise: Die Anzeiger des Tages
Anzeigenpreise: Die Anzeiger des Tages

Abendausgabe: Die Anzeiger des Tages
Anzeigenpreise: Die Anzeiger des Tages

Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 102

Sonntag, den 3 Mai 1925

20. Jahrgang

Preußischer Landtag.

Abstimmung über die Vertrauensfrage am 3. Mai.

Der preußische Landtag wurden gestern die Aus-
einandersetzung zwischen der Regierung und der Oppo-
sition festgesetzt. Ministerpräsident Otto Braun sagte,
es sei ja sehr wichtig, wenn Dr. v. Campe das Ziel der
großen Volksgemeinschaft vor Augen habe. Aber eine
Volksgemeinschaft, von der die Sozialdemokraten von
vornherein ausgeschlossen seien, wäre eben keine Volks-
gemeinschaft. Eine solche sei ja auch von der Rechten
gar nicht ernst gemeint, weil man wisse, daß das Zen-
trum sie nicht mitmachen werde. Es trügen daher die-
jenigen Parteien die volle Verantwortung, die eine le-
bensfähige Regierung stützen, ohne imstande zu sein,
ihrerseits eine solche zu bilden. Der Ministerpräsident
sprach die Hoffnung aus, daß sich das Haus der Staats-
notwendigkeit nicht verschließen werde, eine arbeits-
fähige Regierung zustande zu bringen. Gelingt es
nicht, ein arbeitsfähiges Kabinett zusammenzubringen,
so bleibt nichts anderes übrig, als aufzulösen. Es läge
aber im Interesse des preußischen Volkes, die Mühe,
die Arbeit und Beunruhigung einer Neuwahl zu er-
sparen, denn im Volk herrscht eine tiefe Sehnsucht nach
Ruhe. Deshalb erhoffe ich auch, daß der Landtag sein
Verhalten so einrichtet, und in Preußen eine Neuwahl
zu vermeiden.

Nachdem der deutsch-nationale Abgeordnete Weher-
harmsdorf sich noch in sehr scharfen Worten gegen die
preussische Staatsregierung und namentlich gegen das
Zentrum gedußert und dabei insbesondere auf die Welt-
anschauungsgegenstände zwischen Zentrum und Sozial-
demokratie hingewiesen hatte, die unüberbrückbar seien,
entfesselte der Zentrumabgeordnete Wildermann für-
wärtigen Widerspruch auf der Rechten, indem er sagte:

Der Papst und die katholische Kirche haben wieder-
holt den Sozialismus wie den Protestantismus als Irr-
lehre bezeichnet. (Hört, hört! und große Aufregung
rechts.) Von uns zweifelt kein Mensch daran. (Stär-
kische Entrüstung und andauernd betäubender Lärm
rechts.) In aller Ruhe stelle ich fest, daß in der Welt-
anschauung zwischen uns und den Sozialdemokraten
eine tiefe Kluft besteht, daß Sie (nach rechts) aber
bürgerliche und bürgerliche Toleranz betreiben. (Fort-
gesetzter erregter Widerspruch rechts.) Bei unserer po-
litischen Zusammenarbeit bleibt die absolute Verschieden-
heit der Weltanschauungen durchaus bestehen, das ha-
ben wir auch beim Eintritt der Sozialdemokraten in
die Regierung klar ausgesprochen. Und ist die Deutsche
Volkspartei nicht auch in die Große Koalition eingetre-
ten? Damit hat sie doch anerkannt, daß grundsätzlich
gegen eine solche Zusammenarbeit nichts einzuwenden sei.

Auch der Abg. v. Richter, der danach das Wort er-
griff, erklärte, daß ihn die Ausführungen des Vor-
redners aufs tiefste verletzten, dagegen lenkte er
sichtbar gegenüber dem preussischen Ministerpräsi-
denten ein, lobte dessen Zurückhaltung während der Zeit der
Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei in der
Großen Koalition.

Die Große Koalition war entschieden ein Fortschritt
gegenüber der Weimarer Koalition. Wären wir damals
nicht eingetreten, so hätten sich wohl die Dinge nach un-
serer Auffassung ungünstiger entwickelt! Reibungen gab
es. Zwischen Ministerpräsident Braun und mir haben
auch Schwierigkeiten obgewaltet. Ich erinnere an die
Fragen der Abhängigkeit der ostpreussischen Landräte, an
die Angelegenheit des Polizeipräsidenten Rungge, an

den Fall Hörling; der Wahlausruf für das Reichsban-
ner schloß mit dem Schlusssatz: Nieder mit der Deut-
schen Volkspartei, nieder mit der Deutschnationalen
Volkspartei! Heißt das, die Staatsoberkeit stützen?
Und das geschah, als die Volkspartei in der Regierung
saß.

Minister Sebering: Wenn man eine Verständigung
will, ist sie leichter möglich auf der Grundlage der Aus-
führungen des Herrn v. Richter als der des Herrn v.
Campe. Männer des politischen Lebens sollte man nach
ihrer Gesamtwirksamkeit, nicht nach einzelnen Reden
beurteilen. Das gilt auch den Ministerpräsidenten gegen-
über. Die Schwierigkeiten, von denen Herr v. Richter
sprach, habe ich nicht nur mit der Volkspartei gehabt.
Es gibt keinen Minister, keinen Staatsmann, keinen Ab-
geordneten, der das Kunststück fertig brächte, mit allen
Parteien fertig zu werden!

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Ich habe trotz des gutmü-
tigen Charakters der jetzigen Debatte doch die Empfin-
dung, daß diese politische Aussprache die letzte in die-
sem Landtag sein dürfte. Der Appell an die Wähler
erscheint unumgänglich, denn dieser Landtag hat keine
tragfähige Regierungsmehrheit, nachdem die Deutsche
Volkspartei die Große Koalition abstrich und bewußt
zerstört hat. Nun bemühen sich die Deutschnationalen
und die Deutsche Volkspartei krampfhaft, das Zentrum
auf alle mögliche Weise, durch Umschmelzung und
Anpöbelungen, zu sich herüberzuziehen, aber vergebens.
Die Opposition kann und darf nach Artikel 57 der Ver-
fassung eine Regierung nur stützen, wenn sie eine an-
dere an ihre Stelle zu setzen vermag; darum ist dort die
Bildung einer Regierung erforderlich, ihr Sturz erschwert.

Herr v. Richter will Sozialdemokraten und Deutsch-
nationalen gleichmäßig am Staatsleben und an der
Staatsverwaltung beteiligen; das würde doch den
Deutschnationalen zum größten Schaden gereichen. Denn
dann müßten ja 90 v. H. der jetzigen antirepublikanischen
preussischen Beamtenschaft entfernt und durch Republi-
kaner ersetzt werden. Das heutige Verhältnis im Be-
amtenapparat ist ja nur die Folge einer geradezu straf-
lichen Nachsicht. Wir werden sorgsam wachen, daß
Reichspräsident und Republik nicht auseinander gehen,
daß die Republik von reaktionären Einflüssen frei-
gehalten wird. Das Schicksal der Regierung in Preußen
wird maßgebend sein auch für Deutschland und für seine
Bewertung im Ausland, darum muß alle Kraft daran
gesetzt werden, in Preußen nicht die Reaktion hochkom-
men zu lassen, sondern ein festes republikanisches Regi-
ment in Preußen auszurichten. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Wildermann (Str.) erklärt, er habe sich nur
gegen den Vorwurf gemandt, seine Partei stehe im Wi-
derspruch mit den Auffassungen und Erlassen des Pa-
pstes. Zur Reichspräsidentenwahl erklärte der Red-
ner mit starker Betonung: „Ich erkläre vor aller Des-
ferentlichkeit, es ist weder den Sozialdemokraten noch
den Demokraten für die Mitwahl des Herrn Marx je-
zendeine Besseres versprochen gemacht, noch ist irgendeine Ver-
pflichtung eingegangen; es ist auch keinerlei Verpflich-
tung oder Verpflichtung verlangt worden.“

Nach ausdruckloser Annahme einer Reihe von
Antragstrachen verlagte sich um 5.20 Uhr das Haus
auf Freitag, den 3. Mai mit der Tagesordnung: Ab-
stimmung zu den Anträgen zur Vertrauensfrage.

Hindenburg nimmt an.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat in einem
gestern beim Reichswahlleiter eingegangenen Schreiben
vom 29. April erklärt, daß er bereit sei, die Wahl an-
zunehmen. Die Bereidigung ist auf den 12. Mai fest-
gesetzt.

Furchtbare Wirkung eines Kugelblitzes.

Bischofsverda, 1. Mai 1925. Am Mittwoch hat
in Tröbzig bei Bischofsverda ein Kugelblitz Ver-
heerungen angerichtet, wie sie für einen Blitzschlag noch nicht
zu verzeichnen waren. Der Blitz, der nach Angabe mehrerer
Augenzeugen in Form einer großen Feuerwalde scheinbar
senkrecht und verhältnismäßig langsam niederging, schlug in
das Transformatorhaus bei der Schule, sprang auf die Le-
bungsleitung über und richtete in der Wohnung des deutsch-
nationalen Landtagsabgeordneten Lehrer Grelmann furch-
tbare Verwüstungen an. Die Wände wurden durchschlagen, die
Decken wie von Schrapnellstücken durchlöchert, die Gardinen
verbrannt. Herr Grelmann befand sich eben am Telefon,

wurde zu Boden geschleudert und erlitt eine vorübergehende
linksseitige Lähmung. Der Schulkinder, die den Blitz zum
Unterrichtszimmer hatten niedergehen sehen, demühten sich
natürlich eine furchtbare Panik, da das Haus im Nu von
dickem Schwefelbampf erfüllt war. Wie durch ein Wunder
ist es aber ohne weiteres Unglück abgegangen. Der gleiche
Blitzstrahl hat auch die Transformatorhäuser in Neudorf und
Schmölln zerstört. Drei Telegraphenstangen zwischen Tröbzig
und Schmölln sind vom Blitz zertrümmert und eiserne Masten
in kleine Splitter zerfallen. Der Leitungsdraht ist auf 100
Meter völlig verschwunden und in Atome zertrümmert. In
den 1 1/2 Kilometer entfernten Steinbrüchen, am Ratschen
ein Arbeiter an der elektrischen Leitung beschäftigt. Er wurde
zu Boden geschleudert und war längere Zeit bewußtlos. Im
Steinbruch am sogenannten Alten Keller arbeitete der Arbeiter
Kust an der Leitung. Auch er wurde zu Boden geschleudert
und belam, wahrscheinlich infolge des Schredens, einen
Krampfanfall. Der Blitz hat etwa 50 Fernsprechkabel in
Tröbzig und Umgegend unbrauchbar gemacht. Auch hier wie-
der entlief sich das Gewitter, wie im Königsteiner Fall, erst
nach geraumer Zeit nach dem Niedergang des so verheerun-
gsvollen Blitzschlages.

Was lehrt uns die Wahl?

Von Dr. Kälg, M. d. R.

Als der Gedanke des deutschen Volkes ist Hinden-
burg aus der Wahlklammer um den Reichspräsidenten-
titel hervorgegangen. Es ist nicht überflüssig, dies als
erste Lehre des hinter uns liegenden Kampfes festzu-
halten, denn ein erheblicher Teil der Presse und der
Politiker, die, wie wir Hindenburgs Kandidatur be-
kämpft haben, suchen den Wahlausfall mit allerhand
Rechtfertigungen in das Gegenteil zu verkehren. Ob
Hindenburg „auf den Krücken der Kommunisten“ ge-
wählt worden ist, ob die Gesamtheit der abgegebenen
Stimmen eine Mehrheit für Hindenburg nicht ergibt,
das alles ändert nichts an der Tatsache, daß er gewählt
ist. Und aus dieser Tatsache gilt es die Folgerungen
zu ziehen.

Die erste Folgerung ist die, daß dem Gedächtnis
des Volkes auch von den bisherigen Gegnern seiner
Kandidatur die Achtung bezeugt wird, die dem Staats-
oberhaupt gebührt. In einem Lande mit gefestigter
republikanischer Tradition würde man so etwas kaum
auszusprechen brauchen. Der gegenwärtige amerika-
nische Präsident vereinigte 3. D. bei einer Wahlbeteili-
gung von 65 Prozent nur 35 Prozent der wahlberech-
tigten Stimmen auf sich, aber seitdem er gewählt ist,
betrachtet ihn ganz Amerika doch als sakrosanktes Ober-
haupt des Landes. So sehr während der Wahl die
Persönlichkeit der Kandidaten naturgemäß im Mittel-
punkt des Kampfes stand, denn eine solche Wahl ist eben
in hervorragendem Maße eine Persönlichkeitsfrage, so
sehr muß vor der Person des einmal Gewählten der
Kampf der Parteipolitik haltmachen. Es darf sich nicht
mit umgekehrtem Vorzeichen das erbärmliche Schau-
spiel wiederholen, dem Ebert ausgesetzt war. Würde
und Ansehen des deutschen Volkes verlangen ein Her-
ausheben der Person des Staatsoberhauptes aus den
Niederungen des Tagesstreites.

Der Reichspräsident soll das Symbol des Staats-
willens und die Verkörperung des Volkswillens sein.
Staatswille und Volkswille kommen in der Wahl Hin-
denburgs nicht eindeutig zum Ausdruck. Das ist die
zweite Lehre, die wir aus dem Ergebnis des 28. April
zu ziehen haben. Die Wahl ist nicht allein die Ver-
körperung des Volkswillens, sondern auch das Spie-
gelbild der Volkstimmung. Hindenburg begann eine
geschichtliche Persönlichkeit zu werden, er war auf dem
Wege zum Piedestal des Nationalhelden des letzten Krie-
ges. Das nationale Empfinden wehrte Kreise des deut-
schen Volkes rankt sich von jeher lieber an einer Person
als an einer großen Idee empor. In dieser Beziehung
ist es bezeichnend, von wann und für welche Zwecke jetzt
die Person Friedrichs des Großen und Bismarck her-
gehalten muß. Diese beiden standen aber schon an dem
geschichtlich geweihten Platz der Nationalgötzen, und
sein politischer Mißbrauch kann sie von dort herunter-
holen. Die nationale Sehnsucht eines großen Teiles
der Hindenburgwähler glaubt gefühlsmäßig, daß die
nationale Not unserer Tage gebannt werden könne, wenn
an der Spitze des deutschen Volkes eine Persönlichkeit
steht, die aus der Vergangenheit einen nationalgeschicht-
lichen Kapitalbesitz mitbringt. „Nun muß sich alles,
alles wenden“, das ist ungefähr die Stimmung, in der
ein großer Teil des deutschen Volkes, mit Hoffnungen
sich über die staatspolitischen Realitäten hinwegsetzend,
den Stimmzettel für Hindenburg in die Urne legte. Aus
diesen Kreisen hat am 28. April die Kandidatur des
Reichsoberhauptes den Zuspruch im Vergleich zur ersten Wahl
erhalten. Das Massiv der Hindenburgwähler besteht
freilich aus den rechtsgerichteten politischen Strömun-
gen, die in der Wahl Hindenburgs eine wesentliche
Etappe auf dem Wege zur politischen Macht glauben
erreicht zu haben.

Eine dritte Lehre gibt die Wahl unseren Partei-
politikern. Welche Schichten des deutschen Volkes sind
von dem Bestreben erfüllt, die führenden Persönlich-
keiten nicht aus den Kreisen der parteipolitisch abge-
spaltelten Politiker zu gewinnen, sondern sich freizu-
machen von allzu enger parteimäßiger Bindung. Ge-
wis, auch die Kandidatur Hindenburgs war eine ausge-
sprochene Parteikandidatur der Rechten, aber die
Persönlichkeit Hindenburgs erschien vielen parteipoli-
tisch nicht gebunden, und deshalb konnte die Fiktion von
der „überparteilichen“ Kandidatur Hindenburgs Wir-
kung haben. Marx hat sich im Wahlkampf jeder partei-
politischen Einstellung enthalten und sich ganz und gar
als Mann einer klaren staatspolitischen Linie gezeigt,
aber das hat ihm wenig geholfen, für viele blieb er
stimmungslos der Parteipolitiker und Zentrums-
mann. Die republikanischen Strömungen in Deutsch-
land werden aus der Wahl Hindenburgs die Erkenntnis
gewinnen, daß die demokratisch-republikanischen Par-
teien sich nicht damit begnügen dürfen, sich als solche